



Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann

von **Federico Quadrelli** und **Sylvia-Yvonne Kaufmann** (MdEP SPD)

Sylvia, Europa erlebt gerade eine besonders schwierige Zeit. Nationalismen, ausländerfeindliche Bewegungen, nicht-kordinierte Entscheidungen über Schlüsselthemen wie die Meisterung der Migrationsflüsse. Im Osten triumphieren erzkonservative, euroskeptische und rechtspopulistische Parteien. Mauern werden errichtet, die uns an die höchstdramatische Geschichte des letzten Jahrhunderts erinnern: die Furcht vor dem "Anderen" ist schon wieder Wahlkampfmaterial, im Norden genauso wie im Süden Europas. Wird die EU deiner Meinung nach endlich jene Freiheits- und Sicherheitszone schaffen, die in den Verträgen, bezüglich Themen wie der Migrationen, als echte europäische Politik bezeichnet wird?

In den letzten Jahren wurden auf europäischer Ebene viele Fortschritte gemacht, um einen Raum der Freiheit,

der Sicherheit und des Rechts zu schaffen. So wurden die Kompetenzen der Europäischen Union (EU) in diesem Bereich durch den Vertrag von Lissabon erheblich ausgeweitet, die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Strafsachen, Verbrechensbekämpfung und -verfolgung erheblich verstärkt. Ich freue mich, dass ich als Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) im Europäischen Parlament diesen Prozess aktiv mitgestalten kann. Unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament setzt sich für ein Europa der Freiheit mit starken Grundwerten ein. So streiten wir für einen hohen europäischen Datenschutz und einen Grundwertemechanismus in der EU.

Die derzeitige Flüchtlingskrise in Europa offenbart überdeutlich, dass noch viel getan werden muss, um eine gemeinsame Lösung zu finden, und bisherige Regelungen nicht ausreichen. Leider ist gegenwärtig der politische

Wille dafür bei vielen Regierungen nicht vorhanden. Das Dublinsystem, das regelt, dass der Mitgliedstaat, in dem ein Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt auch für ihn zuständig ist, ist offenkundig obsolet. Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedstaaten wie Griechenland und Italien mit einer besonders großen Anzahl an Flüchtlingen allein gelassen werden. Wir Sozialdemokraten fordern schon lange eine Dublin-Reform und vor allem europäische Solidarität und einen humanen Umgang mit Menschen in Not.

Eine wirksame europäische Asylpolitik mit gemeinsamen Standards ist leider noch nicht in Sicht. Ein Baustein wäre eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-

Mitgliedstaaten. In Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union haben die Staaten festgeschrieben, dass sich Europa durch Solidarität auszeichnet. Jetzt ist es an der Zeit, diese Solidarität auch zu zeigen.

Die derzeitigen Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn sich alle Mitgliedstaaten an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen.

Wie schätzt du die deutsche Entscheidung, noch mehr Asylbewerber aufzunehmen?

Ich finde es gut, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und Verantwortung übernimmt. Ich bin sehr stolz auf die vielen Menschen in Deutschland, die anpacken und



SYLVIA-YVONNE KAUFMANN

helfen, sich um geflüchtete Menschen kümmern, Kleidung sammeln oder Deutschunterricht geben. Wir erleben viel Anteilnahme und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Das lässt mich hoffen, dass wir eine Lösung in der aktuellen Herausforderung finden.

Es gibt natürlich auch viele Ängste in der Bevölkerung, denn wir stehen einer gewaltigen Aufgabe gegenüber.

Entscheidend ist, dass wir Befürchtungen von Menschen ernst nehmen und dass wir in Europa zusammenstehen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich auf eine gemeinsame Strategie einigen. Allein wird es kein Land schaffen.

Welche Schritte nach vorne wurden in Brüssel gemacht, was diese Themen angeht? Glaubst du, die europäischen Verträge werden demnächst zu diesem Zweck revidiert?

Die Europäische Kommission hat bereits weitreichende Vorschläge gemacht, um auf ein Umlenken in der aktuellen Flüchtlingspolitik hinzuwirken. So hat sie im September 2015 einen Vorschlag für die Verteilung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland vorgelegt, dem das Europäische Parlament im Eilverfahren zugestimmt hat. Auch die Mitgliedstaaten haben den Vorschlag angenommen. So sollen nun 160.000 Flüchtlinge über die gesamte EU verteilt werden. Bei der Maßnahme handelt es sich allerdings um einen Ad-hoc-Mechanismus, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir Sozialdemokraten fordern angesichts der weiterhin zu erwartenden Flüchtlinge einen dauerhaften Verteilungsmechanismus.

Darüber hinaus haben wir im Europäischen Parlament dringend benötigte finanzielle Mittel in Höhe von 400 Millionen aus dem EU-Haushalt bereitgestellt, um

beispielsweise den Nachbarländern Syriens bei der Versorgung der Flüchtlinge zu helfen oder neue Stellen für die EU-Agenturen Frontex, EASO und Europol zu finanzieren.

Weitreichende Reformen sind notwendig, um sowohl die Versorgung von Flüchtlingen innerhalb der EU sicherzustellen, als auch ein neues faireres Asylsystem zu schaffen. Darüber hinaus müssen wir in der EU gezielt Maßnahmen treffen, um Fluchtursachen zu bekämpfen, beispielsweise durch verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, aber auch beim Umwelt- und Klimaschutz. Viele dieser Maßnahmen sind auch ohne Änderung der EU-Verträge möglich. Ohnehin lassen sich diese nicht ohne weiteres ändern, sondern nur im Rahmen eines umfangreichen und langwierigen Reformprozesses.

Eine letzte Frage über eine andere Art Zivilrechte und gesellschaftlicher Akzeptanz. Was hältst du von der Kampagne „Ehe für alle“, über die der Bundesrat sich neulich positiv geäußert hat? Gibt es die Chance, dass sie in den kommenden Monaten von dem Bundestag gebilligt wird, damit auch in Deutschland die gleichgeschlechtliche Ehe gesetzlich vorgesehen wird?

Ich begrüße die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Im Mai überraschten uns die Irinnen und Iren, als sie in einem Referendum für die gleichgeschlechtliche Ehe stimmten. Diese von Fortschritt und Offenheit geprägte Entscheidung hat mich sehr gefreut und auch der deutschen Debatte Impulse verliehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch in Deutschland die Ehe endlich für gleichgeschlechtliche Paare öffnen würden und unterstütze gern meine Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, sollten sie einen entsprechenden Vorschlag machen.